



Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK Mai 2020

Editorial von Dirk Schneemann, Vizepräsident des DFWK



Liebe Mitglieder und Freunde des Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises,

Wie bereits in unserem ersten Newsletter vom April angekündigt, wollen wir Sie in „Corona-Zeiten“ auch weiterhin über diesen Weg mit ausgewählten Informationen und Beiträgen versorgen, die wir aus unserer Sicht für lesens- und wissenswert halten. Dabei versuchen wir neben Vielfalt in der Darstellung deutsch-französischer Themen insbesondere Beiträge zu finden und zu gestalten, die nicht der täglichen Corona-Medien-Flut entspringen.

Im aktuellen Newsletter finden Sie u.a. einen Beitrag von Joachim Bitterlich zum Gedenken an den großen Europäer und französischen Außenminister Robert Schuman (S.6-9), wir führten ein Interview mit dem Tankstellendirektor von Total (S.4-5), informieren über Aktuelles in Sachen „Corona-Lockerungen in Frankreich“ (S.2-3) sowie Reisemöglichkeiten nach Frankreich (S.12-13). Der DFWK-Jugend berichtet über ein Online-Event mit BNP-Direktor Laurent Couraudon (S.10-11) und Sie finden eine Kurzinfo zum Start des deutsch-französischen Bürgerfonds (S. 5).

Je länger uns die Pandemie einen widernatürlichen Lebens- und Arbeitsrhythmus aufzwingt, umso mehr entfalten sich Emotionen und Meinungsvielfalt – sicher auch je nach Betroffenheit.

Deshalb wollen wir uns als DFWK mit zusätzlichen Meinungen, Wertungen und Kommentierungen jeweiliger Aktionen und Maßnahmen zu beiden Seiten des Rheins zurückhalten.

Wir überlassen die zusammengestellten Beiträge Ihrem Urteil und würden uns natürlich auch über Feedback ihrerseits freuen, ob wir mit dem Format Newsletter ein entsprechendes Interesse wecken. Vielleicht – und das ist auch unser Anliegen – können wir auch auf diesem Wege die Kommunikation und den Austausch mit unseren Mitgliedern und Freunden intensivieren – auch „über Corona hinaus“.

Da wir davon ausgehen, dass auch in den nächsten Wochen normale Präsenzveranstaltungen nicht möglich sind, planen wir gerade für Ende Mai und Juni zwei Online-Events, über die wir Sie kurzfristig noch gesondert informieren werden.

Auf jeden Fall können Sie sich bereits den 28. Mai notieren. Dann laden wir Sie um 18:30 Uhr ein, online mit Frédéric Petit, „Député des Français établis à l'étranger“ zum Thema „Regard inquiet sur le couple franco-allemand“ zu diskutieren. Details folgen rechtzeitig.

In diesem Sinne – bleiben Sie gesund, interessiert an Ihrem DFWK und den deutsch-französischen Beziehungen.

Ihr
Dirk Schneemann



Frankreich „en déconfinement“

- Das Land ist in rote und grüne Regionen eingeteilt.
- Über 60 Prozent der Franzosen haben sehr große Angst vor einer Ansteckung.

Seit Montag lebt Frankreich wieder auf. Die Corona-Beschränkungen wurden stark gelockert. Passierscheine sind nicht mehr nötig, die Schulen sind teilweise, die Geschäfte vollständig geöffnet. Ausgenommen bleiben Cafés, Restaurants, Kinos, Musik- und Sporthallen sowie große Museen. Zudem sollen Arbeitnehmer, wo möglich, auch nach dem 11. Mai im Home-Office bleiben.



Bénédicte de Peretti,
Vizepräsidentin des
DFWK,
Managing Partner bei
B2P Communications
Consulting

Der Druck war zu groß. Nach Schätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts OFCE hat sich das französische BIP zwischen März und April um 32 Prozent verringert. Seit Dienstag, den 17. März, galt für das ganze Land eine Ausgangssperre. Vor allem in Gebieten mit einer beengten Wohnsituation war der Druck, die Anti-Corona Maßnahmen wieder zu lockern, sehr hoch. Viele akzeptierten die Regelungen nicht mehr. Soziale Unruhen drohten.

Auf der anderen Seite haben auch jetzt noch viele Menschen in Frankreich Angst vor den Folgen der Lockerungen. Sie misstrauen der Entscheidung ihrer Regierung. Während nur jeder vierte Deutsche angibt, große oder sehr große Angst vor einer Ansteckung mit Covid-19 zu haben, sind es in Frankreich über 60 Prozent der Bevölkerung.

Und das, obwohl nach Zahlen, mit der die nationale Gesundheitsbehörde Santé Publique France in der Zeitung „Les Echos“ zitiert wird, 74 Prozent der an dem Virus verstorbenen

Personen älter als 80 Jahre sind. Zwei Drittel der Franzosen beunruhigen die Lockerungen. Sie fürchten insbesondere die Ansteckungsgefahr in Schulen und öffentlichen Verkehrsmitteln.

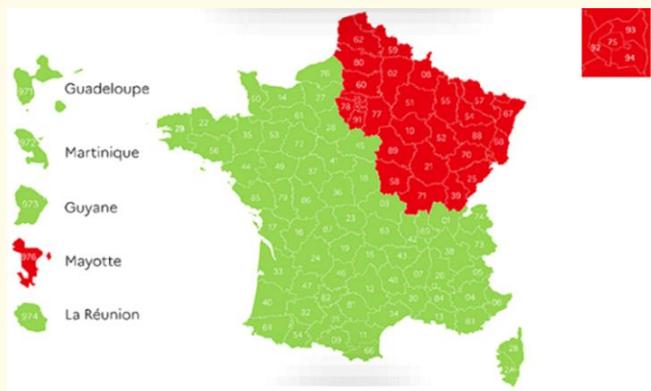
Einer Erhebung von Ipsos zufolge sind nur 38 Prozent der Franzosen mit dem Krisenmanagement der Regierung zufrieden. In Deutschland liegt dieser Wert doppelt so hoch. Selbst das von der Pandemie besonders stark betroffene Italien weist mit 55 Prozent eine höhere Zufriedenheitsrate auf, als Frankreich.

Die neue Regelung erlaubt allen Menschen, sich wieder ohne Passierschein und ohne einen Grund angeben zu müssen, außerhalb ihrer Wohnung zu bewegen. Allerdings darf dabei ein Umkreis von hundert Kilometern um den Wohnort nicht verlassen werden. Reisen außerhalb der hundert Kilometer sind in Ausnahmefällen wie Dienstreisen oder familiären Notfällen möglich. Für diese ist aber ein Passierschein notwendig. Auch an der französischen Landesgrenzen wird noch bis mindestens zum 15. Juni kontrolliert.

Alle Geschäfte und zum Teil auch die Vorschulen dürfen wieder öffnen. Ausgenommen bleiben Cafés, Restaurants, Kinos, Musik- und Sporthallen sowie große Museen und große Kaufhäuser wie die Galeries Lafayette.



Das Land ist in rote und grüne Regionen eingeteilt. In den grünen Départements gehen die Lockerungsmaßnahmen am weitesten. 32 Départements in 5 Regionen (Grand Est, Haut de France, Paris und die umliegende Region Île-de-France, Bourgogne-Franche Comté und das Überseegebiet Mayotte), die rund ein Drittel des nach wie vor stark von Virus betroffenen Territoriums ausmachen, werden allerdings als „rot“ eingestuft.



© Ministère des Solidarités et de la Santé

Dort bleiben Parks und Gärten geschlossen und auch die Schulen werden erst später oder sehr langsam öffnen.

In der Region Île-de-France müssen weiterhin Bescheinigungen für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel während der Hauptverkehrszeiten vorgelegt werden

Auch Unternehmen dürfen die Arbeit in ihren eigenen Räumlichkeiten wieder aufnehmen. Aber es gelten Auflagen: So muss eine Mindestfläche von 4m² für jeden Mitarbeiter reserviert sein, um „einen Mindestabstand von einem Meter um eine Person herum zu gewährleisten“. An Orten, wo sich Begegnungen von Mitarbeitern schwer steuern lassen, müssen die Abstände noch größer sein. Mitarbeiterströme müssen vom Eingang bis zum Ausgang des Unternehmens gesteuert werden, sodass sich die Mitarbeiter so wenig wie möglich begegnen. Die Arbeitszeiten sollen gestaffelt organisiert werden.

Die Pausenräume sind ebenfalls nur entsprechend einer zeitlichen Staffelung zu betreten. Auch sind diese Räume mit Markierungen am Boden zu versehen.

Darüber hinaus wird die verstärkte Reinigung von Räumlichkeiten und Oberflächen wie Treppengeländern, Knöpfen, Schaltern, Türgriffen und Aufzügen gefordert.

Masken sollen nur als letztes Mittel eingesetzt werden, wenn ein Kontakt von Mitarbeitern nicht durch eine andere Maßnahme vermieden werden kann.

Corona-Tests vor Ort vorzunehmen, ist den Unternehmen verboten. Auch Fiebermessungen sind nur mit Zustimmung des Arbeitnehmers erlaubt und werden nicht empfohlen. Das Prinzip ist, dass es eher der Arbeitnehmer ist, der diese Kontrolle zu Hause durchführt.

Unternehmen müssen außerdem ein „Ad-hoc-Verfahren zur sofortigen Versorgung symptomatischer Personen“ etablieren, das die Isolierung infizierter Personen und anschließend ihre organisierte Rückkehr nach Hause ermöglicht. Die Kontakte des Mitarbeiters müssen zurückverfolgt werden und die möglicherweise infizierten Personen müssen sich zwei Wochen in häusliche Quarantäne begeben.

Durch dieses Maßnahmenpaket soll die von vielen gefürchtete „zweite Welle“ verhindert werden.



Interview mit Thomas Strauß von TOTAL Deutschland

Total beweist in der Krise Teamgeist



Thomas Strauß,
Direktor Tankstellen
bei TOTAL
Deutschland

© TOTAL/Pierre Adenis

DFWK: Die ganze Welt ist angesichts der COVID-19-Pandemie mit einer großen Krise konfrontiert. Wie reagiert ein global agierendes Unternehmen wie Total auf diese Herausforderung?

Thomas Strauß: Bei Total haben wir uns sehr zügig mobilisiert. Sicherheit hat bei Total oberste Priorität, das ist bei uns gelebte Unternehmenskultur. Deswegen wurde sofort ein Krisenstab für den Konzern und die Teams in den Tochtergesellschaften und Standorten eingerichtet, sodass die Sicherheit der Mitarbeiter, aber auch die Kontinuität der Aktivitäten, unter diesen außergewöhnlichen Umständen zu jeder Zeit gewährleistet waren.

DFWK: Total zählt als Energieunternehmen zur kritischen Infrastruktur. Was heißt das konkret am Beispiel der Geschäftsaktivitäten in Deutschland?

Thomas Strauß: Als Tankstellen- und Raffineriebetreiber kommt uns die Aufgabe zu, eine sichere Kraftstoffversorgung zu gewährleisten, sodass wichtige Versorgungsketten störungsfrei funktionieren. Durch den vorbildlichen und verantwortungsvollen Einsatz unserer Teams war unser Raffinerie- und Tankstellenbetrieb in den letzten Wochen trotz erschwelter Bedingungen durchgehend sichergestellt.

DFWK: Krisen erfordern ein gutes

Management und Mechanismen, die sofort greifen. Konnte Total ohne größere Probleme in den „Krisen-Modus“ umschalten?

Thomas Strauß: Nach etwas über zwei Monaten in diesem außergewöhnlichen Zustand sind wir sehr zufrieden darüber, wie reibungslos wir unsere Geschäftsaktivitäten den veränderten Bedingungen anpassen konnten. An unseren Tankstellen und Produktionsstandorten befolgen wir strikte Hygienevorschriften und haben zusätzliches Sicherheitsequipment zur Verfügung gestellt.



© TOTAL/ Patrick Reinig

Zudem haben wir zu einem frühen Zeitpunkt bereits großflächig auf Homeoffice umgestellt. Zentrale Rolle dabei spielen die IT-Systeme, in die wir in den letzten Jahren stark investiert haben und die sich nun maximal auszahlen. Von Anfang an haben wir zudem den Schwerpunkt darauf gelegt, unsere Mitarbeiter und Teams vor Ort bestmöglich zu betreuen. Gerade für Mitarbeiter, die sich parallel um ihre Kinder kümmern oder Angehörige pflegen, ist die Situation einmal mehr herausfordernd. Total beweist in der Krise Teamgeist, das ist eine sehr schöne Erfahrung der letzten Wochen.



DFWK: Die CORONA-Krise hat den Ölpreisverfall, der fast zeitgleich einsetzte, noch einmal stark verschärft. Wie wirken sich diese beiden Krisen bisher auf die Geschäftsaktivitäten von Total in Deutschland aus?

Thomas Strauß: Nach wie vor laufen unsere geschäftlichen Aktivitäten ohne größere Beeinträchtigungen durch die Covid-19-Pandemie – auch wenn es im Kraftstoffbereich Absatzrückgänge gab, beobachten wir seit kurzem einen Trend in Richtung Normalisierung. Aufgrund der attraktiven Preissituation verzeichnen wir seit Wochen Rekordwerte bei den Heizölverkäufen. Hier arbeiten die Teams auf Hochtouren, um die Ware schnellstmöglich zu den Kunden zu liefern.



DFWK: Mit CORONA sind derzeit noch viele Fragezeichen verbunden. Wie geht es weiter bei Total?

Thomas Strauß: In Deutschland scheint die erste COVID-19-Welle vorerst überstanden – und dennoch steht fest, dass uns die Pandemie noch lange begleiten wird. Da Deutschland im relativen Vergleich zu anderen Ländern bisher eher verschont geblieben ist, haben wir bei Total hierzulande nun einen ersten Plan zur stufenweisen Rückkehr in den „normalen“ Betrieb erarbeitet. Bei all diesen Entscheidungen denken wir zuerst immer an die Gesundheit unserer Mitarbeiter und beobachten genau, wie sich die Situation entwickelt. Der starke

Zusammenhalt der letzten Wochen bei Total stimmt mich trotz der schwierigen Situation dennoch optimistisch.

Kurzmeldungen aus Deutschland und Frankreich:

Deutsch-Französischer Bürgerfonds gegründet

Der **deutsch-französische Bürgerfonds** fördert zivilgesellschaftliche Projekte zwischen beiden Ländern mit einem Gesamtbudget von 2,4 Millionen Euro. Er ist eine Initiative des Vertrags von Aachen und wird finanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Jugend und Frauen (BMFSFJ), vom französischen Bildungs- und Jugendministerium sowie vom französischen Europa- und Außenministerium. Die Umsetzung übernimmt das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW). Mehr auf <https://www.dfjw.org/meldungen/start-des-deutsch-franzosischen-burgerfonds.html>

Ein „Business Act“ für die Region Grand Est

Die gemeinsame Initiative von Wirtschaft und Politik soll der Region helfen, die Folgen der Coronavirus-Krise abzumildern. Die Initiative hat sich vorgenommen, Industrie, Digitalisierung und nachhaltigen Entwicklung der Region zu fördern. Als koordinierende Stelle wurde eine Kontaktgruppe aus Wirtschaftsvertretern, Experten und Politikern geschaffen. Weitere 22 thematische Arbeitsgruppen beschäftigen sich im Detail mit den Maßnahmen der verschiedenen Branchen. Mehr auf: <https://www.grandest-ba.fr/>



Robert Schuman – 2020

Robert Schuman gehört – gemeinsam mit Jean Monnet – zu den entscheidenden Wegbereitern und Vordenkern der europäischen Integration. Was würde er heute, 70 Jahre nach seiner historischen Erklärung, der krisengeschüttelten Europäischen Union ins Stammbuch schreiben? Ist heute wieder eine politische Lage, ein Zeitpunkt erreicht, der einen ähnlichen Neustart Europas nahelegt?



Joachim Bitterlich,
Präsident des DFWK,
Ehemaliger Europa-,
Außen- und
sicherheitspolitischer
Berater von
Bundeskanzler Dr.
Helmut Kohl

Robert Schuman gehört – gemeinsam mit Jean Monnet – zu den entscheidenden Wegbereitern und Vordenkern der europäischen Integration. Was würde er heute, 70 Jahre nach seiner historischen Erklärung, der krisengeschüttelten Europäischen Union ins Stammbuch schreiben? Ist heute wieder eine politische Lage, ein Zeitpunkt erreicht, der einen ähnlichen Neustart Europas nahelegt?

Erinnern wir uns, am 9. Mai 1950, kündigte der damalige französische Außenminister Robert Schuman die Gründung der europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an – und zwar durch die Übertragung der nationalen Kompetenzen für einen Kernbereich der wirtschaftlichen Souveränität an eine gemeinsame supranationale und unabhängige Institution, die Hohe Behörde, heute die Europäische Kommission.



[Robert Schuman 1949](#) (linkes Bild), [Jean Monnet und Konrad Adenauer 1953](#) (rechtes Bild) © Bundesarchiv

Der „*Sprung ins Unbekannte*“, der Start mit den sechs Gründerstaaten gelang. Nach diesem ersten Schritt ging der Ausbau der europäischen Integration Stück für Stück weiter, es folgten die Römischen Verträge, die Einheitliche Akte, die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon. Es gab dabei immer wieder wichtige Fortschritte, aber auch immer wieder Rückschritte und Enttäuschungen.



Die Europäische Union ist heute unverändert kein abgeschlossenes Werk, sie war immer ein Kompromiss, die Fortschritte konnten immer nur so weit gehen, wie die Mitgliedstaaten es zuließen. Das Einigungswerk bleibt verletzlich, als es vom Willen seiner wesentlichen Akteure abhängig ist. Oft genug wurden Fortschritte, Verbesserungen erst nach Krisen erreicht. So war es zuletzt in den Jahren 2008-2010, als sich die Europäische Union als Konsequenz der internationalen Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise nach schwierigsten Verhandlungen auf eine Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion verständigte.

Auch in der laufenden Corona-Virus-Krise ist vielfach kritisch beurteilt worden, dass die EU, dass „Brüssel“ das Feld zunächst weitestgehend den Nationalstaaten überlassen habe und diese letztlich „die Feder der Kommission“ für die notwendige Absicherung und Impulse zur Wiederbelebung der Wirtschaft führten. Kritiker sollten jedoch im Auge haben, dass die Kommission, die EU für Fragen der Gesundheitspolitik über keine wesentlichen Kompetenzen verfügt, sondern dass diese in den Händen der Nationalstaaten verblieben sind. Mit Spannung wird erwartet, wie die Kommission als Wahrer des gemeinsamen europäischen Interesses mit dem Auftrag des Europäischen Rats umgehen wird, praktische Schritte für einen „Sonderfonds“ der EU vorzuschlagen.

Schuman hat damals – naturgemäß im Lichte des politischen Umfelds der Zeit unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkrieges - in seiner Erklärung das praktische Rezept festgehalten. Im Kern der Präambel stellte er fest: *„Europa wird nicht mit einem Schlage und auch nicht nach einem fertigen Gesamtplan entstehen, sondern durch konkrete Realisierungen, die zunächst einmal eine faktische Solidarität zwischen den einzelnen Völkern schaffen“.*

Aus dieser Feststellung wie dem ersten Aufsehen erregenden, im Grunde revolutionären Schritt - ausgerechnet Kohle und Stahl, in der Vergangenheit Symbole für staatliche Macht, einer unabhängigen Hohen Behörde anzuvertrauen - haben viele Verfechter der europäischen Einigung geschlossen, dass auch bei allen weiteren Schritten und Weiterentwicklungen diese nur durch die „Vergemeinschaftung“ der jeweiligen Kompetenzen, d.h. durch ein supranationales Vorgehen erfolgen sollten. Dies sei der europäische Königsweg. Demgegenüber wurden alle Schritte, die auf intergouvernementaler Grundlage erfolgten, d.h. nicht in die „gemeinschaftliche“ Kompetenz übergangen, nicht als ausreichend angesehen.

Dieser im Grunde dogmatische Streit um den Umgang mit der Zuordnung von Kompetenzen - „gemeinschaftlich“ versus „intergouvernemental“ - hat von Anfang an die europäische Diskussion beherrscht, er ist bis heute im Grunde nie überwunden worden.



[Charles de Gaulle und Ludwig Erhard 1965](#) © Bundesarchiv

Eine der vergessenen Fälle war die Politik des „leeren Stuhls“ durch Frankreich im Jahre 1965/66. General de Gaulle lehnte vehement die klare Zuordnung von Kompetenzen bei Landwirtschaft und Haushalt an die Kommission



– und damit verbunden Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit - ab. Er konnte die Weiterentwicklung der Integration nicht aufhalten, setzte damals durch, dass sich ein Mitgliedstaat auf „vitale“ Interessen berufen konnte, um damit eine Entscheidung zu verhindern oder sie nur im Konsens zuzulassen.

Spätestens seit Maastricht hat die Debatte gezeigt, dass eine „Vergemeinschaftung“ als generelles Strukturprinzip immer weniger durchsetzbar ist. Die Mitgliedstaaten möchten in für sie wesentlichen Bereichen nationaler Politik die „Kontrolle“ des Handelns behalten und nicht „an Brüssel“ abtreten. Diese Feststellung gilt für weite Bereiche der Innen- und Justizpolitik, für die Außen- und Sicherheitspolitik, für Teile der Wirtschafts- und Währungsunion.

Ich nenne als Beispiel bewusst die Innen- und Justizpolitik, die bis heute vielleicht, diplomatisch ausgedrückt, 30 Prozent dessen umfasst, was in Wahrheit notwendig wäre, um eine effiziente Politik für Europa wie für seine Mitgliedstaaten zu erreichen. 1985 waren zunächst unter einigen Mitgliedstaaten endlich die Schlagbäume an den Grenzen gefallen. Unausgesprochen stand hinter diesem mutigen und aus der Sicht des Bürgers überfälligen Schritt aber die Vorstellung, dass dies in der Erwartung erfolge, rasch Maßnahmen zu beschließen, um die durch die Grenzöffnung verbundene Schwächung polizeilicher Arbeit auszugleichen. Von selbst ging dies aber nicht! Schon 1988, dann vor allem 1991 habe ich für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl seine Initiative in diesem Bereich vorbereitet, damals insgeheim, hinter den Kulissen, der Innenminister sollte als bekannter Europa-Skeptiker möglichst wenig davon erfahren. Ergebnis war der Vorschlag, den er im Juni 1991 seinen Kollegen vorgetragen hat und der auf einhellige Unterstützung der Staats- und Regierungschefs stieß. Es ging einerseits um die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Polizeibehörde „Europol“, die in Stufen für bestimmte Delikte nach dem

(unausgesprochenen) Vorbild des FBI bzw. des deutschen BKA operative Befugnisse erhalten sollte, andererseits ebenfalls in Stufen um die Schaffung einer gemeinsamen Immigrations- und Asylpolitik, die natürlich auch den Schutz der Außengrenzen umfassen sollte.



[François Mitterrand und Helmut Kohl](#) © Bundesarchiv

Sechs Monate später musste der Bundeskanzler in Maastricht das Scheitern eingestehen, die federführenden Außenministerien hatten kein Interesse, die Innenminister zeigten die Zähne. Sechs Jahre später versuchten wir es in Amsterdam erneut, diesmal mit mehr Erfolg. Die Zeit schien endlich reif. Der erste EU-Kommissar für Fragen der Innen- und Justizpolitik, Antonio Vitorino, tat sein Bestes. Er legte 1999 in Tampere ein anspruchsvolles Programm vor, angesichts der Zurückhaltung der Mitgliedstaaten konnte man mühevoll einige Fortschritte erreichen.

Die Entwicklung des Terrorismus und die Migrationskrise der letzten Jahre haben wie die vergeblichen Bemühungen der österreichischen EU-Präsidentschaft deutlich gemacht, wo wir wirklich stehen. Die Skeptiker in den Bürokratien und Parlamenten müssen endlich einsehen, dass die Nationalstaaten durch die tatsächliche Entwicklung ihre Souveränität verloren haben und sie diese nur durch gemeinsame oder



gemeinschaftliche Ausübung zurückgewinnen können.

Welche „Lehre“ muss man aus dieser Entwicklung ziehen? Es bringt nichts, mit dem Kopf durch die Wand zu versuchen, eine „Vergemeinschaftung“ blind durchzusetzen. Die grundlegenden Rahmenbedingungen haben sich seit Schuman wesentlich verändert.

Waren es damals zu Anfang sechs Mitgliedstaaten, so sind es heute 26, weitere warten auf den Beitritt zur Europäischen Union. Wäre es nicht – im Sinne von Schuman – revolutionär, heute die Frage zu stellen, ob es zur Sicherung der Zukunft der Europäischen Union nicht richtig wäre, unseren Kontinent nach anderen Strukturprinzipien zu organisieren? Sollten wir dabei nicht auf einem gemeinsamen Sockel mit unbedingt notwendigen Kompetenzen aufbauen? Wäre es zugleich nicht sinnvoll, einem Teil der Mitgliedstaaten zu erlauben, in gewissen Bereichen weiter zu gehen. Vor gut 25 Jahren haben Wolfgang Schäuble und Karl Lamers solche Überlegungen vorgestellt, die bis heute einer politischen Beantwortung harren.

Zudem geht es heute für die Mitgliedstaaten um die Erhaltung ihrer Kernkompetenzen in einer „Föderation der Nationalstaaten“. Muss es nicht erlaubt sein, hierfür auch über andere Strukturen nachzudenken, die eine effiziente Verfolgung politischer Ziele erlauben? Helmut Kohl war in seiner Zeit auch immer bereit, wenn notwendig Zwischenschritte zu gehen, die EU in Teilen „zwischenstaatlich“ zu organisieren und dies nach einer gewissen Zeit der Erfahrung, z.B. mit Hilfe einer entsprechenden Vertragsklausel, zu überprüfen.

Er gebrauchte für seine grundlegenden Ziele immer wieder folgendes Bild: Es gehe ihm darum, Europa auf das richtige Gleis und in die richtige Richtung zu lenken – der Zug könnte auch einmal anhalten, dann wieder Fahrt

aufnehmen. Wesentlich für ihn war es den Prozess unumkehrbar zu machen, dass man den Zug nicht mehr umspannen konnte, um in die entgegengesetzte Richtung zu fahren – d.h. die Europäische Union im Grunde abzubauen und damit die Risiken für einen Rückfall in vergangenen geachteten Zeiten zu erhöhen. Anders ausgedrückt die wertvollsten Errungenschaften der europäischen Integration aufzugeben: Frieden, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt!



In diesem Sinne ist die politische Debatte um den richtungsweisenden Weg Europas heute mehr denn je nicht nur ein „Bohren dicker Bretter“, sie verlangt vielmehr revolutionäres Denken, wie es uns die Generation der Gründungsväter um Robert Schuman und Konrad Adenauer vor 70 Jahren im Lichte ihrer konkreten schlimmen Erfahrungen vorgezeichnet und wie die nachfolgenden politischen Generationen um Helmut Kohl, Jacques Delors, François Mitterrand und vielen anderen mit ihren ganzen Kraft, auch vielen Widerständen zum Trotz dafür gearbeitet haben, dieses historisch einzigartige Werk weiterzuentwickeln und es vor allem auf Dauer abzusichern.

Joachim Bitterlich

Veröffentlicht durch die Otto von Habsburg
Stiftung Budapest (www.hoal.hu)



„Das Überleben der EU steht auf dem Spiel“

Laurent Couraudon ist ein erfahrener Finanzexperte und Leiter Unternehmenskunden Ost der BNP Paribas Niederlassung Deutschland in Berlin. Bei dem Webinar des DFWK Jugend zu den Folgen der Corona-Krise erklärt er, warum neben Gesundheit und Wirtschaft auch die Europäische Union in Gefahr sein könnte, wenn sie jetzt nicht schnell reagiert.



Laurent Couraudon, Business Center Manager der BNP Paribas, hat mit den Vorsitzenden des DFWK Jugend, Aaron Eucker und Laura König (vlnr), diskutiert.

Wie ist die Lage der Wirtschaft in Frankreich und Deutschland?

Laurent Couraudon steht täglich in engem Austausch mit Unternehmen. Als Bankier gehört es zu seinem Beruf, die Lage einzelner Unternehmen und der Gesamtwirtschaft genau zu analysieren. Die Lage der europäischen Unternehmen in der Corona-Krise hält er für schwierig, aber nicht katastrophal. Und das, obwohl diese Krise größer ist als die von 2008 bis 2012:

„Wir haben einen unglaublichen Schock an der Börse erlebt. [...] Das internationale Handelsvolumen hat weltweit schon um 32 Prozent abgenommen“. Zum Vergleich: „nach der globalen Finanzkrise 2008/ 2009 sank das globale Handelsvolumen nur um 12 Prozent“.

Die deutsche Wirtschaft könne dieses Jahr um 4,5 bis 8 Prozent einbrechen. In Frankreich könne sie um 6 bis 8 Prozent schrumpfen und die Zahl der Pleiten um 15 Prozent steigen.

Gleichzeitig warnt er vor den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der steigenden Arbeitslosigkeit:

„Laut McKinsey kann die Arbeitslosigkeit in der Eurozone von 7,6% heute auf 10,4% steigen. Das gibt Anlass zu Besorgnis, wenn man sich erinnert, dass es nach der Finanzkrise 2008 10 Jahre in Europa gedauert hat, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren“.

Dabei seien nicht alle Branchen gleichermaßen betroffen: Am schwierigsten sei es für die Reisebranche und die Luftfahrt. Auch der Einzelhandel im Non-Food Bereich leide stark unter den aktuellen Einschränkungen. Besser sei es hingegen beispielsweise für Unternehmen im Bereich der Telekommunikation.



Wie geht es den europäischen Banken?

Anzeichen für eine Bankenkrise sieht Couraudon bisher nicht. Die Banken seien dank der Maßnahmen der EZB in der Lage, die enorm



gestiegenen Liquiditätsbedürfnisse europäischer Unternehmen zu bedienen. *„Diese Krise geht nicht von den Banken aus, wir sind nicht im Jahr 2008“*, erklärt Couraudon. *„Die Frage ist aber, wie lange die Krise noch dauern wird“*, gibt er zu bedenken. Langfristig seien vor allem Banken gefährdet, die schon vor der Krise zu viele Non-Performing Loans („*Faule Kredite*“) hielten.

Gelingt es den Nationalstaaten, die Wirtschaft zu stützen?

Die von der französischen und deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen hält Couraudon für ausreichend, um den ersten wirtschaftlichen Schock zu amortisieren. *„Wir sprechen hier von einem sehr beeindruckenden Programm. Wir haben in Deutschland 400 Milliarden Euro und in Frankreich 300 Milliarden Euro, um Unternehmenskredite zu garantieren“*. Außerdem stünden Hilfsfonds für Unternehmen in Höhe von jeweils 100 Milliarden in Deutschland und Frankreich zur Verfügung.

Doch diese Maßnahmen haben ihren Preis. Die Staaten hätten in der Folge zum Teil mit hohen Haushaltsdefiziten zu kämpfen. In Frankreich werde dieses Jahr mit 9 Prozent das *„größte Defizit seit dem zweiten Weltkrieg“* erwartet. Damit steige die Verschuldung des Landes auf 115 Prozent des BIP. Deutschland, das bisher für seine *„Schwarze Null“* bekannt war, erwarte ein Defizit von 4 Prozent. Die Verschuldung steige auf 70 Prozent des BIP. Damit sei das Land mit dem Versuch gescheitert, die Maastricht-Kriterien (Verschuldung höchstens 60 Prozent des BIP, Defizit höchstens 3 Prozent des BIP) einzuhalten.

Noch dramatischer sei die Lage in Italien, das 2020 eine Verschuldung von 155 Prozent des BIP erreichen könnte. Die Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Italien werde es gelingen seinen Schuldenstand im Jahr 2021 auf 150 Prozent des BIP zu reduzieren,

hielten *„andere Ökonomen für optimistisch. Sie glauben, dass sich der Schuldenstand Italiens auf 180 Prozent des BIP erhöhen wird“*, so Couraudon.

Was bedeutet die Krise für Europa?

Die Institutionen der Europäischen Union helfen den durch die Krise geschädigten Mitgliedsstaaten mit verschiedenen Maßnahmen. Couraudon lobt insbesondere, dass die Europäische Zentralbank dank ihrer föderalen Entscheidungsstruktur so schnell reagieren konnte. Der Europäische Rat sei hingegen langsamer, fange aber auch an, angemessen zu agieren. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) stelle den Staaten Kredite in Höhe von 2 Prozent des BIP zur Verfügung. Dazu kämen Mittel aus einem 25 Milliarden Euro schweren Fonds der Europäischen Investitionsbank und Garantien für Bankenkredite in Höhe von 200 Milliarden Euro sowie 100 Milliarden zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherungen.

Das Problem: Laut Couraudon hat es die EU bisher versäumt, selbst direkt zu helfen. *„Wir dürfen hier nicht eine einmalige Chance verpassen, den Bürgern zu zeigen, dass die EU für sie da ist“*. Gerade in Italien und Spanien sei das dringend nötig. *„Umfragen zeigen, dass die Hälfte der Italiener und der Spanier die EU verlassen wollen“*, mahnt er. Dass nach Großbritannien auch diese Länder aus der EU ausscheiden könnten, hält er für ein mögliches Szenario, wenn Europa nicht schnell zeigt, dass es auch für sie da ist. Wenn die EU es nicht schaffe, den am schwersten betroffenen Regionen Hilfen zukommen zu lassen, stehe ihr eigenes politisches Überleben auf dem Spiel. *„Betroffenen Regionen zu helfen bedeutet, die EU vor einer der größten möglichen Krisen zu retten“*.

Das Gespräch fand als Webinar am 21.4.2020 statt.



Einfach mal nach Frankreich reisen?

Den Alltag vieler Menschen in Deutschland beeinträchtigt es kaum, dass die Grenzen zu Frankreich aktuell kontrolliert werden und nur für bestimmte Personengruppen, wie Pendler, geöffnet sind. Anders sehen das die Anwohner im Grenzgebiet, für die spontane Reisen zwischen den Ländern zu einer Selbstverständlichkeit geworden sind. Doch mit der Lockerung der Kontaktbeschränkungen in Deutschland wird auch im Rest des Landes der Wunsch größer, wieder ins Ausland reisen zu dürfen.

Wir geben einen Überblick, welche Regeln aktuell (und voraussichtlich bis zum 15. Juni) für Reisen nach Frankreich gelten:

Was ist, wenn ich beruflich nach Frankreich muss?

Berufliche Reisen sind in Ausnahmefällen gestattet. Deutsche Berufspendler dürfen die Grenze überqueren. Sie müssen dafür aber neben einer entsprechenden Bescheinigung „[Attestation de déplacement international dérogatoire vers la France métropolitaine](#)“, auch ein Attest ihres Arbeitgebers, das „[Justificatif de déplacement professionnel](#)“, mitführen. Auch unbedingt mitzuführen ist natürlich der eigene Pass oder Passersatz.

Weitere Ausnahmen gelten für das Personal im Gesundheitssektor zur Bekämpfung von Covid-19, Personal im Transportsektor (inklusive LKW-Fahrer), Diplomaten und Mitarbeiter internationaler Organisationen sowie Personal von Passagier- oder Frachtflugzeugen. Wer nicht zu einer dieser Berufskategorien gehört und dennoch nach Frankreich reisen muss, kann eine Ausnahme bei der Präfektur des Départements beantragen, in dem sein Arbeitseinsatz geplant ist.

Am 14. Mai haben der französische und der deutsche Innenminister, Christophe Castaner und Horst Seehofer, weitere Lockerungen angekündigt, die ab dem 16. Mai in Kraft treten sollen. So sollen die Grenzen nur noch stichprobenartig kontrolliert werden. Auch soll eine deutsch-französische Bescheinigung die bisher nötigen Atteste ersetzen.

Kann ich als Deutscher privat nach Frankreich reisen?

Die Einreise nach Frankreich ist Privatpersonen nur dann gestattet, wenn sie die französische Staatsbürgerschaft besitzen, oder dauerhaft in Frankreich leben. Ausnahmen gibt es außerdem für Personen auf der Durchreise in ihr Heimatland oder wenn ein triftiger familiärer





Grund vorliegt. Am 14. Mai haben Horst Seehofer und Christophe Castaner weitere Ausnahmen für Reisen aus familiären oder persönlichen Gründen angekündigt. So soll es in Kürze auch nicht verheirateten Paaren möglich sein, sich zu besuchen.

Vor dem Antritt der Reise ist in jedem Fall die oben bereits erwähnte „[Attestation de déplacement international dérogatoire vers la France métropolitaine](#)“, auszufüllen.



Muss ich nach der Einreise nach Frankreich in Quarantäne?

Nein, Präsident Macron hat Personen, die aus der EU, dem Schengenraum oder Großbritannien einreisen von der Regel ausgenommen, derzufolge sich Einreisende in eine 14-tägige Quarantäne begeben müssen.

Nützliche Links:

- [Übersicht der verschiedenen Reisebescheinigungen in Frankreich auf der Website des französischen Innenministeriums.](#)
- [Informationsseite des deutschen Innenministeriums zu während der Corona-Krise geltenden Sonderregeln](#)
- [Informationsseite der Außenhandelskammer \(AHK\) Frankreich](#)
- [Informationsseite von Germany Trade & Invest](#)
- [Informationsseite der Französischen Botschaft in Deutschland](#)

(Für die Inhalte der verlinkten Websites übernimmt der DFWK keine Verantwortung)